

Zur Kontinuität deutscher Aggressionspolitik in Osteuropa

Adalbert Feltz

Publiziert in der On-line Zeitschrift Ossietzky Heft 23/2024

Betrachtet man das Zeitgeschehen unserer Tage im historischen Zusammenhang, ist kaum zu übersehen, dass Deutschland mit seinem Engagement im Baltikum unter dem Schirm der NATO und erst recht mit seiner in EU und NATO immer mehr hervortretenden Vorreiterrolle bei der Bedienung globaler Interessen der USA im Ukraine-Krieg gegen Russland eigene politische Ziele im Auge hat, die sich mehr als ein Jahrhundert zurückverfolgen lassen. Die deutschen Aufwendungen zur Unterstützung und Aufrechterhaltung des Ukrainekriegs in zwei Jahren werden mit weit mehr als 200 Milliarden Euro angegeben, dem höchsten Betrag nach den USA, und neuerdings sagte der Kanzler dem Regime in Kiew weitere Waffenlieferungen für 1,4 Mrd. Euro zu. Zugleich forderte er andere EU-Staaten auf, mit eigenen Beiträgen nicht nachzulassen. Die im Dezember 2021 dreist angekündigte und demnach wohl auch in Auftrag gegebene Sprengung der Ostsee-Pipelines wurde brav hingenommen und Deutschland beim Abschiedsbesuch von Biden in Europa am 18.10.2024 in Berlin als engster Verbündeter der USA belobigt.

Es ist dokumentiert, Russland sollte mit dem Krieg ab 1914 einer Dekomposition unterworfen werden, die eine Annexion von Gebieten im Norden durch Preußen und Bildung von Vasallenstaaten einschloss, die von Deutschland abhängen und politischen und wirtschaftlichen Zugriff von Murmansk bis Baku in Aussicht stellen. Trotz des verlorenen Krieges wurde Russland im Frieden von Brest-Litowsk auf seine vorpetrinischen Grenzen zurückgeworfen. Das Baltikum, Teile von Weißrussland und die Ukraine bis Rostow sowie die Krim wurden von deutschen und österreichischen Truppen besetzt. Die Krim sollte eine deutsche Kolonie mit Neuansiedlung deutschstämmiger Bevölkerungsanteile werden, und in Kiew regierte bis Ende 1918 der Stabschef der dortigen deutschen Heeresgruppe, Wilhelm Groener in Kooperation mit einem Hetmanat der Großgrundbesitzer. Die detailliert nachlesbare Ausplünderung der Ukraine während dieser Zeit wurde im Bürgerkrieg mit Hilfe ausländischer Truppenkontingente der Entente bis 1922 gegen die Rote Armee erbittert verteidigt.

1941 wurde bei weit umfassenderer Vorbereitung unter dem Schirm übergeordneter Interessen das gleiche Ziel mit unvorstellbarer Brutalität verfolgt, galt es doch, das historisch erste nichtkapitalistische Gesellschaftsmodell aus der Welt zu schaffen, und erst als der deutsche Faschismus drohte, durch einen Sieg über die Sowjetunion seine Herrschaft in Europa vollends zu etablieren, griff die Anti-Hitlerkoalition in das Kriegsgeschehen wirksam ein. Der Vernichtungsfeldzug führte 1943 bis in den Kaukasus, erreichte ca. 300 km über die Ostgrenze der heutigen Ukraine hinaus Stalingrad und endete um den Preis von ca. 33,4 Mio. Kriegstoten (davon 6,4 Mill. auf deutscher Seite), 3000 km verbrannter Erde, hunderten durch Beschuss und Bombardements zerstörten Städten und dem Verlust der deutschen Ostprovinzen in einem unvorstellbaren nationalen Desaster, wofür die deutsche Führungselite des Industrie- und Finanzkapitals, die sich des Faschismus in diesem Raubzug bediente, vor der Geschichte allein zu verantworten hat.

Der weitere Führungsanspruch wurde daher zu Recht in Frage gestellt, und es war folgerichtig, dass in Osteuropa in Anlehnung an die Sowjetunion alternative Gesellschaftsansätze auf nichtkapitalistischer Grundlage aufgegriffen wurden und nach der Einführung einer eigenen Währung und Gründung der Bundesrepublik im Westen sich eine Deutsche Demokratische Republik im Osten auf konsequent antifaschistisch-demokratischer Grundlage etablierte, wie es das Potsdamer Abkommen vorsah. In der BRD blieben dagegen in der Rechtsnachfolge des Dritten Reiches faschistische Mandatsträger in Wirtschaft und Justiz lange Zeit unangetastet.

Die osteuropäischen Länder als Unterwerfung durch sowjetischen Expansionismus diffamiert und zugleich vom Westen umworben, die Sowjetunion aber im Kalten Krieg, umgeben von USA-Stützpunkten, durch einen Eisernen Vorhang eingedämmt, weltweit gegen ein weiteres Aufgreifen antikapitalistischer Gesellschaftsansätze bekämpft und in den Wettlauf einer Hochrüstung einschließlich atomar gestützter Raketen hineingezogen, verblieb dem durch den Zweiten Weltkrieg besonders stark geschwächten Land offenbar nicht die zur Stabilisierung des eigenen Systems erforderliche Entschlusskraft zur rechtzeitigen Einleitung angemessener Reformen. Diese erfolgten in Verbindung mit einem historisch beispiellosen Vertrauensvorschuss an den bis dahin erbitterten Gegner durch einseitige Beendigung des Kalten Krieges, der beiden Seiten besonders durch

Abrüstungsvereinbarungen Vorteile brachte. Zudem gab es das Angebot einer umfassenden Kooperation auf Augenhöhe (Rede des Präsidenten Russlands im deutschen Bundestag am 25. 09. 2001).

Die deutsche Politik entschloss sich aber zur Ein- und Unterordnung unter globale Interessen der USA, die Russlands wirtschaftliche Verflechtung mit Europa nicht zuließen, vielmehr auch nach Beendigung des Kalten Krieges weiterhin danach strebten, Russland einzudämmen und durch Einbeziehung der Ukraine in das westliche Bündnis zur Regionalmacht zu degradieren (Brzeziński 1996), und vermutlich lag darin von Anfang an ein Wiederaufleben alter deutscher Zielsetzungen mit im Kalkül. Das inzwischen in der EU seit 2000 mit gemeinsamer Währung zu einem mächtigen Wirtschaftsblock vereinigte Europa, in dem Deutschland immer deutlicher tonangebend hervortrat, ließ dazu offenbar günstige Voraussetzungen erkennen. Anstelle von Ambitionen kolonialer Ausbeutung wie zur Zeit des Ersten Weltkrieges oder gar Panzerarmeen und kriegerischem Raubzug wie im Zweiten hat sich in unserer Zeit die Destabilisierung anderer Staaten, deren Umgestaltung nach westlichem Vorbild und schließlich Einbeziehung in die EU als ein sehr profitabler Weg erwiesen, um dem an ständiges Wachstum gebundenen kapitalistischen Marktmechanismus zu entsprechen.

Tatsächlich erwiesen sich Geschäfte mit der Ukraine nach 1991 in der Befolgung westlicher Transformations-Rezepte als einzigartig profitabel. Von Februar 2022 bis September 1923 bereits mitten im Krieg schüttete die größte ukrainische Bank unter ihrem österreichischen CEO noch 1,7 Milliarden Dollar Dividende an ihre Aktionäre aus. Auch durch staatlich ungezügelter Herausbildung eines privaten Wirtschaftssektors mit hochgradiger Kapitalakkumulation in der Hand einzelner international agierender Oligarchen bei zugleich ausufernder Korruption und Ausplünderung der nicht privilegierten Schichten des Volkes wurde die Ukraine zu einem der ärmsten Länder Europas. Seit Beginn der Unabhängigkeit 1991 schrumpfte das BIP bis 1999 auf 40 % des Niveaus von 1990. 2014 musste das Land zur Vermeidung einer Staatspleite durch einen Notkredit durch den IWF gestützt werden. Die Bevölkerung nahm von ca. von 50 Mio. bis 2010 und damit bereits vor Beginn des Krieges auf ca. 40 Mio. ab - Fakten, auf die Karl Wimmer in seinem Buch „Nach Odessa“ aufmerksam macht.

Im latent vorhandenen, insbesondere aber von der Westukraine propagierten russischfeindlichen Nationalismus, der die Kollaborateure aus der Zeit nach 1941 (Bandera, SS-Division Galizien) als Nationalhelden feiert, im Osten aber der heldenhafte Befreiungskampf der Roten Armee hochgehalten wird, ist das Ausmaß an Zerrissenheit erkennbar, das in der Bevölkerung der Ukraine besteht. 2010 wurde bei den Präsidentschaftswahlen eine Mehrheit für den Anschluss an die EU nicht erreicht. Das von tausenden Beobachtern der OSZE als demokratisch anerkanntes Ergebnis zeigte mit der Wahl von Wiktor Janukowytsch mehrheitlich eine Distanz des Wählerwillens zur Bindung an die EU an. Der Einfluss diverser, vom Westen seit 1991 finanzierter NGO's hinterließ aber durchaus Wirkungen und ließ 2014 das Angebot eines Assoziierungsabkommens mit der EU und Einbeziehung in eine Freihandelszone als aussichtstreicher erscheinen, um das an Bodenschätzen und landwirtschaftlicher Nutzfläche reiche Land einer profitablen Gewinnerwirtschaftung zu erschließen: Ausfuhr von Rohstoffen, Import von Massenprodukten und Konsumgütern auf einem Wachstumsmarkt. Dabei wurde die bedeutende Wirtschaftsverflechtung der Ukraine mit Russland, die den aus der Zeit der Sowjetunion bis 1991 realisierten Industrialisierungsschub repräsentierte, unter Inkaufnahme eines Affronts bei Seite geschoben und der Anschluss an das westliche Wirtschaftssystem unter schrittweiser Abkopplung von Russland zur Bedingung erhoben. Das entsprach sowohl den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und zugleich politischen Interessen der USA. 2021 findet man in einem Abkommen zwischen Deutschland und den USA zu einem technisch-wirtschaftlichen Projekt mit Russland Deutschland als verantwortlich für die Ukraine benannt.

Wie kaum anders zu erwarten, ergab die Prüfung des Angebots durch den langjährigen Ministerpräsidenten Mikola Asarow für den ukrainischen Außenhandel mit der EU Nachteile, und nachdem ein Finanztransfer von der EU abgelehnt wurde, entschied die ukrainische Regierung im November 2013, das Assoziierungsabkommen in der vorgelegten Fassung zurückzuweisen. Unmittelbar danach setzten unter dem Einfluss des auf den ukrainischen Faschismus während des Zweiten Weltkrieges zurückgehenden Rechten Sektor die auf den Sturz der Regierung gerichteten Proteste auf dem Maidan in Kiew ein, wurden in den Medien des Westens lauthals als demokratische Willensbekundung eines unterdrückten und nach Freiheit strebenden Volkes beschrieben, ohne die diametral entgegengesetzte Position der Bevölkerung in der Ostukraine auch nur mit einer Silbe zu reflektieren. Zu den auf dem Maidan ausharrenden Protestierern, denen wohl täglich ein paar Dollarscheine zugesteckt wurden, gesellten sich bei offener Einmischung in die innerukrainische Konflikt-

situation solidarisch gelegentlich westliche Politiker, so auch der deutsche Außenminister Westerwelle und im Februar 2014 begrüßte als sein Nachfolger auch Frank Walter Steinmeier führende Faschisten auf dem Maidan mit Handschlag. Am 22. Februar 2014 wurde nach erwiesener Anweisung an den USA-Botschafter in Kiew durch Staatssekretärin Nuland, Arsenij Jazenuk solle Ministerpräsident werden, die Administration Janukowitsch/Asarow gestürzt und eine gewählte Regierung, die durch eine demokratische Wahl das Mandat erlangt hatte, gewaltsam des Landes vertrieben - die durch Putsch selbst ernannte Regierung unter Jazenuk mit 4 Ministern aus der rechtsradikalen Partei Swoboda aber von den Ländern der EU sofort anerkannt und das innerhalb der EU bisher weitreichendste und umfassendste Assoziierungsabkommen von den Putschisten bereits im März 2014 ohne Legitimation durch das ukrainische Volk unterzeichnet.

Bis 2009 hatte sich die NATO gegenüber den Zusagen bei der deutschen Wiedervereinigung wortbrüchig und unter Missachtung berechtigter Sicherheitsinteressen Russlands um 12 weitere Länder militärisch bis an die Grenzen der Russischen Föderation vorgeschoben. Der NATO-Gipfel in Bukarest 2008 ließ eine Option zur späteren Mitgliedschaft der Ukraine durchaus offen. Da konnte sich das Land in der Tat nach der Installation einer ihm feindlich gesinnten Regierung in der Ukraine nicht mehr auf Vertragstreue zur Nutzung Sewastopols für seine Schwarzmeerflotte verlassen und beschloss, nachdem die Krim jahrhundertlang zu Russland gehört hatte, den Verwaltungsakt einer Zuordnung zur Ukraine 1954 rückgängig zu machen. 96% der vorwiegend russisch-sprachigen Bevölkerung stimmten in einem Referendum dem Anschluss an die russische Föderation zu.

Die von der ukrainischen Administration verordnete Russophobie kannte danach keine Grenzen und als die zu 93% russischsprachige Bevölkerung in Odessa, mit der russischen Kultur seit Jahrhunderten traditionell zutiefst verbunden, zur Wahrung ihrer Identität für eine gewisse Autonomie am 2. Mai 2014 auf die Straße ging, trieb ein faschistischer Mob die Demonstranten vor sich her, zündete das Gewerkschaftshaus an, in das sich der Rest zurückgezogen hatte und schoss auf die Flüchtenden. 48 Menschen kamen in den Flammen um – ein bis heute ungeahndet gebliebener Massenmord, der vom Westen unwidersprochen hingenommen wurde. Autonomiebestrebungen der vorwiegend russischsprachigen Bevölkerung im Osten der Ukraine führten nach erfolgter Verweigerung zur Selbstverwaltung, was von der Regierung in Kiew mit Beschuss und schließlich 13.000 Toten in Donezk und Lugansk beantwortet wurde, Selbstverteidigungskräfte auf den Plan rief und im Ergebnis von Referenden 2022 zwei selbständige Volksrepubliken mit Russland als Schutzmacht entstehen ließ.

Nachdem auf zwei im Dezember 2021 an die USA gerichteten Vertragsentwürfen zur Gewährleistung von Sicherheitsgarantien für Russland, wie sie die USA für sich beanspruchten, nicht eingegangen, die Rückeroberung der Krim von der ukrainischen Regierung für 2022 zum Ziel erklärt und zudem die Einrichtung zahlreicher CIA-Stützpunkte entlang der ukrainischen Grenze zu Russland bekannt wurde, entschloss sich die Regierung der Russischen Föderation zum militärischen Eingreifen, zumal der Beschuss von Donezk und Lugansk durch Kiew bis dahin unvermindert Fortsetzung fand. Die NATO griff mit Waffenlieferungen zur Unterstützung Kiews sofort ein und blockierte mit dem Beschluss der Ratstagung in Brüssel nachweislich eine erfolgversprechende Verhandlungslösung des Konflikts, die durch Vermittlung der Türkei in Istanbul weit vorangeschritten war.

Der Krieg wird bis heute fortgesetzt, in dem sich Deutschland in bemerkenswerter Geschichtsvergessenheit zunehmend verstrickt, das illusorische Ziel der militärischen Führung in Kiew, Russland zu bezwingen unterstützt, mithilft, seine wachsende Wehrhaftigkeit, die eine Reaktion auf die Bewaffnung der Ukraine durch 32 NATO-Staaten darstellt, propagandistisch in eine Bedrohung für Westeuropa umzumünzen und damit zur Eskalation des Konflikts mit erneuter Gefahr für eine friedliche Fortexistenz des eigenen Landes beiträgt. Es bestätigt sich, im Kapitalismus wurden in der Geschichte immer wieder nationale Interessen der Chance auf privaten Profit untergeordnet. Letzterer wurde so zum entscheidenden Motiv politischen Handelns, und leider lassen sich zur Rechtfertigung und Verschleierung einer solchen Politik Demokratie und Menschenrechte auch missbrauchen, um die es aber angesichts hunderttausender Kriegstoter und Vernichtung der Lebensgrundlage von Millionen Menschen schon längst nicht mehr geht.